

V1

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesvorstand (beschlossen am: 15.06.2021)

Titel: **Das ist alles von der Versammlungsfreiheit gedeckt!**

Antragstext

1 **Hands off my Versammlungsfreiheit!**

2 Gerechtigkeit wird nie geschenkt, sondern gegen Widerstände erstritten.
3 Insbesondere Versammlungen, die nicht von allen Teilen der Gesellschaft als
4 angenehm oder maßvoll empfunden wurden, waren häufig Ausgangspunkt von
5 gesellschaftlichem Fortschritt.

6 Wir wollen nicht nur, dass das so bleibt, sondern darüber hinaus Barrieren
7 abbauen, die dazu führen, dass Menschen sich gegen die Teilnahme an einer
8 Versammlung entscheiden. Dafür wollen wir schließlich auch das
9 Bundesversammlungsgesetz durch ein demonstrierendenfreundlicheres
10 Landesversammlungsgesetz ersetzen.

11 Eine Beschneidung der Demonstrationsfreiheit, wie sie von der
12 freiheitsfeindlichen Landesregierung unter Armin Laschet angestrebt wird, lehnen
13 wir entschieden ab!

14 **Klimaschutz ist Grundrecht**

15 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach Deutschland die Bemühungen im
16 Kampf gegen die Klimakrise massiv intensivieren muss, hat der
17 Klimagerechtigkeitsbewegung Rückenwind gegeben.

18 Das Gesetz der schwarz-gelben Landesregierung zielt jedoch klar darauf ab, die

19 Handlungsfähigkeit dieser Bewegung einzuschränken.

20 So nennt das Innenministerium Proteste gegen Straßenbauprojekte, wenn dem Staat
21 dadurch Kosten entstehen, explizit in der Begründung des aktuellen
22 Gesetzentwurfs.

23 Mit Beschluss des Gesetzes würde darüber hinaus faktisch jede Versammlung
24 verboten, in deren Rahmen zu Aktionsformen aufgerufen werden könnte, die
25 vielleicht als Nötigung deklariert werden könnten - aus unserer Sicht ist das
26 verdammt viel Konjunktiv.

27 Wir fordern, dass Fahrraddemos auf Teilstücken von Autobahnen und Sitzblockaden
28 auf den Schienen von RWE weiterhin möglich sind, ohne dass Aktivist*innen Gefahr
29 laufen, strafrechtliche Repressionen zu erleiden.

30 **Gegen grenzenlose Gängelung**

31 Die Erfahrung zeigt: Das Anmelden von Versammlungen und die Erfüllung von
32 polizeilichen Auflagen sind mit Hürden verbunden. Schon jetzt ist es nicht immer
33 leicht, ausreichend Ordner*innen zu finden.

34 Nun fordert das schwarz-gelbe Versammlungsgesetz zusätzlich die namentliche
35 Nennung sämtlicher Ordner*innen im Vorfeld und gibt der Polizei die
36 Berechtigung, einzelne Personen als unzuverlässig abzulehnen. Darüber hinaus
37 können sie dafür haftbar zu machen, wenn aus der Versammlung heraus Straftaten
38 begangen wurden.

39 Personen rechtlich zu belangen, die selbst keine Straftaten begangen haben,
40 widerspricht einem modernen Schuldverständnis. Das zielt zweifellos darauf ab,
41 Versammlungen durch Abschreckung bereits zu verhindern, bevor sie überhaupt
42 zusammenkommen.

43 **Nein zu Versammlungs-Videoarchiven**

44 Eigentlich sollte jede*r Bürger*in das Recht haben, anonym an einer Versammlung
45 teilzunehmen, ohne dass er*sie aufgenommen wird. Mit dem neuen
46 Versammlungsgesetz würde dieser Grundsatz beerdigt.

47 Sobald die Polizei eine Demonstration als „unübersichtlich“ einstuft, können die
48 Teilnehmenden gefilmt werden. Und zwar auch von Einsatzkräften am Boden - obwohl
49 Gerichte in der Vergangenheit bestätigt haben, dass davon eine abschreckende

50 Wirkung ausgeht.

51 Für uns ist klar: Übersichtsaufnahmen sind inakzeptabel, Aufzeichnungen dürfen
52 nur im Falle unmittelbar bevorstehender Gefahr angefertigt werden!

53 **Solidarität mit Tante Milli**

54 Wann immer Vertreter*innen des Staates zukünftig entscheiden, dass von dem
55 Erscheinungsbild einer Demonstration eine einschüchternde Wirkung ausgeht, oder
56 dass es "Militanz" ausstrahlt, wäre es möglich, die Versammlung auf dieser Basis
57 zu untersagen. Nicht nur das, die vermeintliche "Militanz" könnte sogar mit bis
58 zu zwei Jahren Freiheitsstrafe bestraft werden.

59 In der Begründung des Gesetzes wurden als Beispiel für derartige Militanz die
60 weißen Maleranzüge von „Ende Gelände“ genannt, unmittelbar nach den Uniformen
61 der SS.

62 Nicht nur diese historisch brandgefährliche Gleichsetzung ist absurd, auch das
63 grundsätzliche Unterfangen, in die Selbstbestimmungsrechte von Demonstrant*innen
64 einzugreifen, lehnen wir ab!

65 **Antifa bleibt Hand-in-Handarbeit**

66 Ein Großteil der der im Zusammenhang mit Demonstrationen festgestellten
67 Straftaten betrifft nach wie vor Sitzblockaden und Verstöße gegen das
68 Vermummungsverbot.

69 Während beides in anderen Versammlungsgesetzen inzwischen nicht mehr als
70 Straftat, sondern nur noch als Ordnungswidrigkeit geahndet wird, erhöht die
71 Landesregierung das Strafmaß in Fällen des Verstoßes gegen das Vermummungsverbot
72 sogar von einem auf bis zu zwei Jahre Freiheitsstrafe.

73 Das ist absurd, denn der Großteil der Vermummungen geht auf reinen Selbstschutz
74 zurück, zum Beispiel um nicht von Fotograf*innen aus dem extrem rechten Spektrum
75 aufgenommen und als Nazi-Gegner*in geoutet zu werden.

76 Vermummung soll daher nach unserer Vorstellung zukünftig nur noch eine
77 Ordnungswidrigkeit darstellen.

78 Auch Sitzblockaden und akustische Störungen werden bis ins bürgerliche Spektrum
79 hinein als legitimes Mittel im Kampf gegen Rechts wahrgenommen.

80 Akustische Störungen, die Teilnahme an Blockaden und die Vorbereitung auf diese
81 dürfen keine Straftat darstellen, sondern müssen legal möglich sein.

82 **Zusammenfassend**

83 Als GRÜNE JUGEND NRW können wir ein Gesetz, das mit dem verfassungsrechtlichen
84 Prinzip der Versammlungsfreiheit bricht und es durch ein autoritäres Prinzip der
85 Versammlungsverhinderung ersetzen möchte, nicht hinnehmen.

86 Unsere Vision bleibt ein Versammlungsfreiheitsgesetz im Land, das die Hürden für
87 Versammlungen absenkt und die Versammlungsfreiheit im Sinne des Grundgesetzes
88 für alle garantiert.

89 Der Entwurf der Regierung Laschet zielt darauf ab, den konsequenten Kampf gegen
90 die Klimakrise und antifaschistisches Engagement durch weitreichende Eingriffe
91 in den Ablauf von Demonstrationen massiv zu erschweren.

92 Daher lehnen wir ihn überzeugt ab und rufen zu entschiedenem Protest dagegen
93 auf.

94 Für die GRÜNE JUGEND NRW gilt, heute wie an allen Tagen:

95 Klima schützen.

96 Nazis bekämpfen.

97 Versammlungsfreiheit erhalten.

Begründung

Übersicht über die Kernforderungen des Antrags:

- Den freiheitsfeindlichen Entwurf eines Landesversammlungsgesetzes durch die schwarz-gelbe Landesregierung zurückweisen und dagegen auf die Straße gehen
- Schutz der Klimagerechtigkeitsbewegung vor strafrechtlichen Repressionen: Fahrraddemos auf Autobahnen müssen möglich bleiben
- Hürden für Anmelder*innen und Ordner*innen bei Versammlungen abbauen, statt diese durch

unrealistische Auflagen und drakonische Strafandrohungen einschüchtern zu wollen

- Gegen polizeiliche Übersichtsaufnahmen und Videoaufzeichnungen bei Versammlungen

- Gegen das Militanz- und Vermummungsverbot, für legale Blockaden und Blockadetrainings

- Für ein echtes Versammlungsfreiheitsgesetz, das die Versammlungsfreiheit im Sinne des Grundgesetzes für alle garantiert